



[Diesen Artikel drucken](#) | [Dieses Fenster schließen](#)

Drei-Stufen-Konzept für Börsensteuer aus der FDP

Montag, 23. Januar 2012, 11:32 Uhr

Berlin (Reuters) - Die FDP hat als Alternative zur umstrittenen Finanztransaktionssteuer in der EU ein Dreistufen-Modell mit einer Börsensteuer im Zentrum ins Spiel gebracht.

Das Modell aus der FDP-Fraktion, das Reuters am Montag vorlag, beinhaltet eine Steuer auf den Wertpapierhandel nach britischem Vorbild, strengere Regeln für den computergesteuerten Handel und einen Europäischen Krisenmechanismus für Banken einschließlich einer Bankenabgabe nach deutschem Vorbild. Ein solcher Weg wäre geeignet, die Nachteile der Finanztransaktionssteuer in Form einer Schwächung Europas zu vermeiden, heißt es darin.

Eine Börsensteuer entsprechend dem britischen Vorbild könnte auf europäischer Ebene Einnahmen in deutlich zweistelligen Milliarden-Summen bringen, schätzen die Autoren des Papiers. Dieses Geld könnte in Stützungsmaßnahmen fließen, etwa in die nationalen Beiträge zu den europäischen Rettungsschirmen. Zudem hätte eine solche Steuer deutlich weniger negative Nebenwirkungen auf die Stabilität der Finanzmärkte als die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Ebene der Eurozone.

Daneben müsse der computergestützte Handel mit Wertpapieren schärfer reguliert werden. "Wir brauchen dringend gesetzliche Lösungen für eine Kontrolle des computergestützten Handels und eine umfassende Aufsicht über die dort verwendeten Verfahren", heißt es in dem Papier. Alle computergestützten Handelsplattformen und ihre Nutzer müssten einer Zulassungspflicht unterworfen werden. Auch bislang nicht geregelte Plattformen müssten beaufsichtigt werden.

Als weitere Ergänzung schlagen die Autoren eine Bankenabgabe in Europa nach deutschem Vorbild vor, damit Steuerzahler nicht ungebührlich für Notlagen von Banken in Anspruch genommen werden. "Sie setzt ähnlich wie eine Finanzaktivitätssteuer an der Höhe der Risiken des Bankgeschäfts und den damit erzielten Gewinnen an", heißt es. Schließlich müsse in Europa ein Insolvenzrecht für Banken geschaffen werden.

Die FDP hat Vorbehalte gegen eine Finanztransaktionssteuer und lehnt ihre Einführung allein auf Eurozonen-Ebene ab. Dagegen haben Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble dies als durchaus vorstellbar bezeichnet. Die Bundesregierung hofft, bis Ende März Klarheit zu haben, ob eine Finanztransaktionssteuer auf der Ebene der gesamten EU Chancen hat. Sie wird bisher von Schweden und Großbritannien abgelehnt. Scheitert die Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene, hofft die FDP, die Gegner der Steuer mit ihrem Konzept ins Boot holen zu können.

Reuters 2012. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.